

Rede Ministerpräsident Bodo Ramelow, Parteitag Gotha, 14. 11. 2015 (wörtliche Abschrift)

Je suis Paris

Liebe Genossinnen und Genossen,

gestern Abend hatte ich noch einen fröhlichen Termin. Bei der Nerly Big Band habe ich einen Kulturpreis übergeben an das Königin-Luise-Gymnasium, und ehrlich gesagt, habe ich gestern Abend nichts mehr mitbekommen von dem, was sich offenkundig schon während des Fußballspiels andeutete. Umso härter bin ich heute Morgen aufgewacht und es ist ein Gefühl, dass es ein Attentat, einen Anschlag auf uns alle ist. Dass nicht in Paris, in einem anderen Land, in einer anderen Stadt, Menschen ermordet worden sind, sondern dass etwas erneut zugeschlagen hat, was sich durch die Welt brennt, was sich IS nennt, was aber viel mehr ist als nur eine Terrororganisation, sondern eine Mischung aus Hass und Intoleranz, aus einer Verachtung gegen Menschen und einer Verachtung gegen sich selber.

Die Vorstellung, sich einen Sprengstoffgürtel umzubinden und sich in einem Lokal in die Luft zu sprengen, um möglichst viele fröhlich feiernde Menschen mit in den Tod zu reißen, ist unerträglich. Und deswegen sage ich, es ist ein Angriff auf uns alle.

Es ist ein Angriff auf eine freie Welt. Es ist ein Angriff auf eine Welt, in der wir über Inhalte streiten, über politische Konzepte streiten, über Richtungen ringen, weil diejenigen, die diesen Terror ausüben, wollen nicht, dass gestritten wird oder debattiert wird oder über Zukunft nachgedacht wird. Sie bomben uns mit den modernsten Waffen gesellschaftlich in die Vergangenheit.

Deswegen ist es ein Anschlag auf uns alle und deswegen: Je suis Paris.

Unsere Anteilnahme gehört den Angehörigen. Unser Daumendrücker gilt denen, die im Moment um ihr Leben ringen und die hoffentlich alsbald genesen.

Aber ich sage, Genossinnen und Genossen, es ist dieselbe geistige Haltung, mit der Menschen in Thüringen und in Deutschland Häuser anzünden, sobald diese Häuser nur in den Verdacht geraten, dass sie für Flüchtlinge fertiggestellt werden sollen, damit Menschen, die vor dem IS-Terror fliehen, ein Dach über den Kopf bekommen.

Wer Häuser in Thüringen anzündet oder Wasserleitungen in den Häusern zerstört, um das Haus zu zerstören, ist genauso ein brutaler Terrorist, ein Terroranschlag gegen eine freie Gesellschaft.

Wer das Mahnmal der Sinti und Roma in Berlin schändet, wer verschweigt, dass 500.000 Sinti und Romas in den KZ umgebracht worden sind, wer heute Plakate klebt, wo darauf steht: „Lieber Rente für die Oma als für Sinti und Roma“, der will geistig uns in die Vergangenheit führen.

Und deswegen müssen wir an der Seite der Sinti und Roma stehen und wir müssen an der Seite der Jüdinnen und Juden stehen, wir müssen aber auch darauf achten, dass nicht wieder eine neue Gruppe zum Feindbild gemacht wird, der Flüchtling an sich als der Fremde an sich. Und der Muslim, als derjenige, der mit seiner Religion jetzt alle anderen Religionen niederringen will. Das sind die Feindbilder, die schon 1933 funktioniert haben, leider brutalst funktioniert haben und dann in die schlimmste Menschheitskatastrophe geführt haben, deren historische Verantwortung immer noch bei uns liegt. Die Erinnerung daran ist unsere Aufgabe. Deswegen müssen wir in der heutigen Zeit dafür sorgen, dass nicht neue Feindbilder wachsen und der Hass in den Herzen angestachelt wird und aufgehetzt und aufgeheizt wird, um wiederum brutalste Maßnahmen, Gewalt gegen Flüchtlinge zuzulassen, Flüchtlingen, die Gewalt erlebt haben und auf einem sehr schweren Weg hierher gekommen sind.

Und unsere Herangehensweise, Genossinnen und Genossen, war, dass wir Flüchtlinge willkommen heißen, dass wir in Saalfeld bewiesen haben, dass wir mit einer Situation, die organisatorisch überhaupt nicht vorhersehbar war, die überhaupt nicht vorbereitet war, trotzdem über das Haskala und über alle Genossinnen und Genossen, die in Saalfeld geholfen haben, es möglich war, in Saalfeld den ersten Zug mit einem großen Willkommen hier in Thüringen aufzunehmen.

Das war nicht selbstverständlich.

Und vielleicht erinnert sich der eine oder andere noch an den Thüringer Heimatschutz. Vielleicht erinnert sich der eine oder andere noch an Saalfeld Gorndorf, wo die Nazis versucht haben, das lokale Klima zu bestimmen.

Vielleicht erinnern wir uns noch an die erste Saalfeld Demo und an die zweite Saalfeld Demo, wo sie mit erhobenem rechten Arm dort standen.

Diese Bilder habe ich in meinem Kopf und in meinem Herzen und lasse mich deswegen davon leiten, ich bin gefragt worden, warum ein Ministerpräsident zum ersten Zug fährt und den Zug willkommen heißt. Ich habe das für meine Pflicht gehalten, weil ich die Bilder im Kopf hatte von dem Waffenfund in Heilsberg, der größte Waffenfund nach 1945 auf deutschem Boden, war hier in Thüringen.

Und die größte NS-Demonstration war nach dem Hess-Gedenken, nachdem das in Wunsiedel verboten wurde, in Rudolstadt und die Rudolstädter wussten nicht, was um sie herum auf einmal da geschah.

Und daraus ist entstanden Thüringer Heimatschutz – Tino Brandt und Konsorten.

Jeder vierte im Thüringer Heimatschutz war bezahlter V-Mann vom Thüringer Verfassungsschutz. Das dürfen wir nicht aus dem Kopf und aus den Gedanken verlieren, wenn wir später besichtigen, was mit NSU aufgedeckt worden ist.

Und deswegen bin ich dankbar all denen – Martina Renner, Katharina König – all denen, die im ersten NSU-Untersuchungsausschuss gearbeitet haben und deutlich gemacht haben, wir werden – soweit es irgendwie geht – Aufklärung betreiben, um Konsequenzen daraus zu ziehen.

Und ich bin froh, dass jetzt im Bundestag ein erneuter NSU-Untersuchungsausschuss beschlossen worden ist.

Und ich sage, es ist erstaunlich, dass der CDU-Bundestagsabgeordnete, Schuster heißt er, glaube ich, eine so klare Rede gehalten hat, wo er sagt, es war kein Trio und den Kopf kennen wir immer noch nicht. Eine sehr erstaunliche Rede.

Und deswegen, Genossinnen und Genossen, es kommt darauf an, die Bedrohung, auch die gesellschaftliche Bedrohung aus der Perspektive nicht zu verlieren, wenn wir im Alltag des Regierens auf einmal Widersprüche haben, wo dann auf einmal gesagt wird, naja, das müssten wir jetzt anders lösen und das könnten wir viel einfacher lösen. Ja, Genossinnen und Genossen, manches habe ich mir vor einem Jahr einfacher vorgestellt. Tatsächlich. Ich lerne Verwaltung und ich lerne, wie schwerfällig Verwaltung ist und ich lerne, wie zäh auch Verwaltung ist.

Das haben aber unsere Landräte und Oberbürgermeister vorher schon gelernt.

Katja, Michaele, doch, doch, ich habe Euch das geglaubt, also ich war da schon innerlich darauf vorbereitet und in dem Klima, in dem wir sozusagen den Veränderungsprozess in Thüringen eingeleitet haben, deswegen sage ich immer, der Veränderungsprozess beginnt nicht am 5.

Dezember 2014, sondern er beginnt dort, wo wir mit den Landtagsabgeordneten Personenwahlen gewonnen haben, Landratswahlen, Oberbürgermeister-/Bürgermeisterwahlen - Genosse Hauboldt.

Und immer dann, wenn wir Verwaltung übernommen haben, mussten wir uns in die Verwaltung stellen und Perspektiven geben und dann ist die Frage, die wir zu bewerten haben, ob es egal ist, wer da regiert. Und an dem Beispiel des Zug' s will ich noch einmal deutlich machen, in ganz Deutschland ist kein Zug von einem Ministerpräsidenten begrüßt worden. Und es gab keine von der Regierung am Anfang getragene Grundausrichtung, dass wir gesagt haben, bei jeder Demonstration, die in Thüringen stattfindet, wird immer ein Vertreter der Regierung, wenn es irgendwie geht, da sein, ein Minister, eine Ministerin, ein Staatssekretär. Es ist eben eine Frage der Haltung, ob wir zulassen, dass auf einmal die Pegidas, Südigas, Thügidas aufmarschieren.

Und wir haben uns bemüht, an der Seite der zivilgesellschaftlichen Bewegung zu stehen. Wir sind nicht die zivilgesellschaftliche Bewegung. Wir sind die Landesregierung. Die zivilgesellschaftliche Bewegung lebt von den Akteuren vor Ort und unsere Aufgabe besteht darin, denen Mut zu machen und die Voraussetzungen zu schaffen, dass denen Mut gemacht werden, die ihr Gesicht jedes Mal hinhalten gegen braunen Ungeist.

Und deswegen sage ich Danke! an Euch.

Ich war heute im Gymnasium in Hildburghausen. Das hat heute Morgen sein 20. Jubiläum als Schule gegen Rassismus und für Courage. Und da hat der Bundeskoordinator heute gesagt, dass Thüringen das Bundesland ist, das gemessen an der Bevölkerungszahl die geringste Anzahl von Schulen hat in ganz Deutschland, die gegen Rassismus und für Courage eintreten. Und er hat es dann auch noch erläutert und hat gesagt, weil es vorher und unter anderen Landesregierungen nicht befördert und gefördert worden ist. Und deswegen war die Koordination ursprünglich bei Mobit, weil sie eine staatliche Stelle nicht übernehmen wollte. Und Mobit war unsere Antwort damals, weil es keinen Weg gab, mit der Landesregierung, der damaligen, einen gemeinsamen Prozess für klare Positionen in der Gesellschaft gegen Rechtsextremismus zu finden. Und es waren immer so geschwurbelte Sätze, bei denen man dreimal nachfragen musste, sind wir Linken eventuell auch noch mit gemeint, es war ja immer so ein Abgrenzungsritual. Und mit Mobit ist es gelungen, eine neue Perspektive einzubauen.

Und deswegen sage ich Danke an all diejenigen, die Mobit erst ermöglicht haben und ohne Mobit hätten wir den Veränderungsprozess nicht. Und deswegen hat der Bundeskoordinator gesagt, nicht jetzt setzt die Veränderung ein durch rot-rot-grün, sondern schon vorher hat es die Veränderungsprozesse gegeben und jetzt fühlen sich die Akteure ermuntert durch unsere Landesregierung, diesen Prozess weiterzugehen. Es war also ausdrücklich gar keine Kritik, sondern es war eine Feststellung, wie wichtig es ist, am 20. Geburtstag in Hildburghausen und in Hildburghausen muss man einfach immer in Erinnerung rufen, da läuft Tomi Frank und seine Spießgesellen und marschiert auf. Das sind diejenigen, die Pegida versucht haben, als Volksbewegung in Südtüringen aufzusetzen und es ist hinterher nichts anderes als ein Hardcore-Nazinetzwerk geworden. Es ist keine breite Bewegung geworden, aber den Versuch hat es in Suhl gegeben, montags aufzumarschieren und eine breite Demonstrationshaltung in der Bevölkerung zu erzeugen, um gegen die Flüchtlinge auf dem Suhler Friedberg Hassparolen alltagstauglich zu machen.

Deswegen ist es so erstaunlich, dass in Hildburghausen diese Schule seit 20 Jahren durchhält, antirassistische Programme und Programme für Courage und Weltoffenheit dort immer wieder zu leben. Es ist Hildburghausen, wo der CDU-Vertreter Zeca Schall offen angegriffen worden ist. (<https://www.youtube.com/watch?v=6JQJvh3jPFo>) Auch das habe ich nicht vergessen. Und es war ein weiter Weg. Erst hatte man das Plakat gegen mich dort gedruckt, hinterher hat man das gleiche Plakat von der NPD gegen Zeca Schall gedruckt, weil Zeca Schall eben eine dunkle Hautfarbe hat und diese Hautfarbe sollte das trennende Element sein.

Und die Botschaft war immer – Heimreise antreten. Wir finanzieren die Heimreise.

Das ist blanker Rassismus, der sich in Thüringen auch breit durch die Ortschaften gegraben und gebrannt hat und ist genauso intolerant wie das, was gestern in Paris passiert ist. Es unterscheidet sich überhaupt nicht. Es unterscheidet sich weder in der Gewalttätigkeit noch in der Grundhaltung. Es ist Intoleranz, die gepredigt werden soll, und es ist Hass und es ist ein rückwärtsgewandtes Weltbild, bei dem man die verheerenden Taten des NS-Regimes und des Deutschen Reiches legalisieren will, um diese zeitgeschichtlichen Dinge politisch wieder andockungsfähig zu machen. Und es ist ein Herr Höcke, der mittlerweile auf seinen Demonstrationen Worte benutzt, die tatsächlich der direkte originale Sprachgebrauch der SA, der Endzwanziger Jahre ist. Wer auf einer Demonstration ruft: „Wir kämpfen für eine tausendjährige Zukunft“, der meint die „Tausend Jahre“, aber nicht tausend Jahre, die noch kommen, sondern der meint das Tausendjährige Reich“. Er sagt es nicht.

Er deutet es an. Er ist klug genug, eine Sprachpirouette zu machen. Deswegen, man muss das genau auf dem Schirm haben.

Und wenn er ruft: „Wollt Ihr den Totalen“ und die da stehen fangen an zu toben, dann meinen die den Totalen, dann meinen sie die Rede, die sie im Original im Hinterkopf haben und dann ruft er „Multikulti“ und dann geht es weiter mit „Lügenpresse“, „Altparteien“ und „Volksverräter“. Das sind alles SA-Formulierungen, die dazu führen sollen, um eine einpeitschende Stimmung der Intoleranz zu organisieren und die tagtäglich dafür sorgen, dass das, was wir an Flüchtlingssituation haben, angeheizt werden soll als ausländerfeindliche und rassistische Grundstimmung.

Und deswegen müssen wir so ganz besonders darauf achten, wie diese Landesregierung Zeichen setzt, wo sie diese Zeichen setzt. Und da bleibe ich bei meiner Bewertung. Es ist eben nicht egal, wer

regiert. Dafür lohnt es sich, dann einmal andere Bundesländer neben sich anzugucken. Und ich glaube, dass wir bis jetzt sehr klar gemacht haben, vom ersten Tag an der Regierungsübernahme, dass wir bei Flüchtlingen nicht über das Thema Geld zulassen, dass die Hassprediger das als Argumente nutzen können.

Ich will das an ein paar harten Fakten festmachen. Als wir ins Amt gekommen sind, im Jahr 2014, waren im Landeshaushalt 25 Millionen im Etat für Flüchtlingsunterbringung und Flüchtlingskosten. Abgeschlossen ist das Jahr 2014 mit 45 Millionen. Wir haben für das laufende Jahr, dieses Jahr, 75 Millionen reingeschrieben und dachten, damit kämen wir hin. Also von 25 auf 75 Millionen, ein Aufwuchs in einer einzigen Haushaltsstelle um 50 Millionen. Es gibt keinen anderen Betrag in diesem Haushalt, der jemals einen solchen Veränderungsprozess hatte. Tatsächlich haben wir jetzt schon 200 Millionen ausgegeben. Und wir planen fürs kommende Jahr 469 Millionen ein. Wir planen für das darauffolgende Jahr 600 Millionen Euro ein als reale Kosten, als Investition in unsere eigene Zukunft. Das ist eine Investition in Humanität, in Mitmenschlichkeit, aber es ist auch eine Investition in ein Land, das endlich wieder lernen muss, Menschen zu integrieren, nachdem wir 450.000 Menschen verloren haben. Und da muss man den Mut haben, dass eine mit dem anderen zu verbinden und zu sagen, wie schaffen wir es denn, dass wir in Gemeinden auch Familien hineinbringen, deren Kinder beschult werden müssen. An der Stelle sind wir noch nicht. Wir bereiten das jetzt gerade vor.

Wir reden also über einen Veränderungsprozess, der tatsächlich erst seit dem 5. September massiv Fahrt aufgenommen hat, aber nicht weil die Thüringer Landesregierung entschieden hat, sondern weil die Bundeskanzlerin entschieden hat, dass die Flüchtlinge aus Ungarn einreisen dürfen. Und erinnert Euch einmal daran, wie viele Leute das daraufhin nicht gut fanden, weil die Frage von Schengen und Dublin, also die Gesetze, die für Deutschland gelten, ja so sind, dass Flüchtlinge bei uns eigentlich nie ankommen, weil Dublin bedeutet, dass sie immer in Außenstellen ankommen, in Ländern außerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Es gibt eine einzige Ausnahme, das ist Helgoland. Ich weiß nicht, wie viele Flüchtlinge in Helgoland jemals angekommen sind. Aber ansonsten waren wir immer als Binnenland geschützt. D. h. diese Gesetze – Dublin und Schengen – haben immer Deutschland und die kerneuropäischen Staaten geschützt und haben immer die Flüchtlinge nach außen gebracht.

Heute müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Zerstörung der Welt, dass eine systematische Militarisierungspolitik auf der Welt, die größte Völkerwanderung ausgelöst hat, die es seit 1945 jemals gegeben hat, die größte Fluchtbewegung. Über 60 Millionen Menschen sind auf der ganzen Welt global auf dem Marsch, weil sie in ihrer Heimat keinen Frieden mehr finden oder keine Toleranz, weil es in ihren Heimatländern keine Möglichkeit gibt, sich selber zu entwickeln. Und ich sage ganz deutlich, die Frage ist nicht, wie viele Flüchtlinge wir aufnehmen können. Ich höre jeden Tag, dass muss man doch begrenzen. Und mir geht dann immer durch den Kopf, wie soll denn das gehen. Die Frage ist auch nicht, ob wir es begrenzen können. Die Frage ist sicherlich an die Europäische Wertegemeinschaft: „Warum seht ihr alle weg?“- Das ist eine Frage, die halte ich für berechtigt. Aber ich frage auch, warum sehen wir nicht als Europäische Wertegemeinschaft hin, wenn Menschen vertrieben werden. Und deswegen rede ich nicht pauschal von den Balkanstaaten, sondern ich rede von ethnischer Vertreibung der Romas aus ihren ganzen Siedlungsgebieten und das beginnt in unserem europäischen Kernland Ungarn. Das ist nicht außerhalb der europäischen Wertegemeinschaft. In Ungarn sind die Romas unter einem ungeheuren Vertreibungsdruck durch schwarz Uniformierte, die da aufmarschieren und jeden Tag Druck in den Dörfern erzeugen und sagen, die sollen doch weg, die gehören doch hier nicht hin. Menschen, die seit 500/600 Jahren in diesen Räumen wohnen, das ist denen ihre Heimat. Und deswegen, wenn man sich darum bemüht, europäische Maßstäbe in Völkerrecht anzuwenden und Humanität und Menschenrechte einfordert, da muss man einfordern, dass zuallererst der Vertreibungsdruck gegen Romas aufhören muss. Das muss eine klare politische Botschaft sein!

Und da ist eben nicht egal, wer der Ministerpräsident ist, weil die Frage ist, ob es ausgesprochen wird. Und ich habe das in jeder Runde mit der Bundeskanzlerin ausgesprochen. Und ich wiederhole es stoisch immer wieder, bis es zum politischen Handeln wird, bis Europa begreift, wir müssen dort an dieser Stelle europäische Normen vertreten und verteidigen. Und ich wiederhole das deswegen, weil Reinhard Schramm, der Vorsitzende der Jüdischen Landesgemeinde, heute Morgen in Hildburghausen in seinem Grußwort das zuallererst in den Vordergrund gestellt hat, weil er sagt, wir als Juden wissen, was mit uns passiert ist und wir erwarten, dass wir als deutsche Gesellschaft das nicht vergessen. Aber auch nicht vergessen wird, was mit Romas passiert ist. Und deswegen habe ich den Zentralrat der Sinti und Romas Romani Rose nach Erfurt eingeladen und habe ihn in der Staatskanzlei nicht nur empfangen, sondern mit ihm eine Vereinbarung getroffen, dass wir die Gräber, alle Gräber in Thüringen, unter Schutz stellen, damit sie Gedenkorte werden. Jedes Sinti und Roma Grab auf einem Thüringer Friedhof soll ein Gedenkort werden, damit deren Geschichte und gesellschaftlicher Hintergrund nicht vergessen wird, obwohl es gar nicht so viele sind, aber bisher war das noch nicht organisiert. Es soll jetzt organisiert werden. Und der Oberbürgermeister der Stadt Erfurt, der das schriftlich noch abgelehnt hatte, hat in dem Gespräch zugesagt, dass das auch jetzt für Erfurt gilt, für Mühlhausen gilt, weil, ein Gedenkort eines Grabes von Sinti und Roma ist immer das Familiengrab aller Überlebenden. Und symbolisch aller in Auschwitz Getöteten.

Unsere Entscheidung, ich habe das mit dem Haushaltsgeldern eben einmal erläutert, und unsere Entscheidung war, wir wollen keine Zelte aufstellen.

Unsere Entscheidung war, dass wir Flüchtlinge in die Erstaufnahme aufnehmen und aus der Erstaufnahme verteilen, damit wir einen Umsetzungsprozess in Integration ermöglichen. Im Moment überfordern wir uns immer noch. Wir Zuständigen überfordern uns immer noch. Deswegen hat es gestern das große kommunale Spitzengespräch gegeben. Und wir haben abgeglichen, wie funktioniert die Integration und die Implementierung in Schule, in Bildung, in Ausbildung. Aber tatsächlich haben wir die ersten 400 jungen Leute in Berufsschulen unter, die Sprache lernen und berufspraktische Ausbildung machen. Wir haben die ersten 400. und wir müssen jetzt dafür sorgen, dass diese 400 auch ein Gesicht bekommen in der Nachbarschaft, dass sie begriffen werden. Dass man sagt, da sind längst junge Leute bei uns, die was einbringen in unsere Gesellschaft. Und die Zahlen, von denen ich geredet habe, werden kleiner mit jedem einzelnen, der eine Arbeitsplatzgenehmigung hat, eine Ausbildungsgenehmigung hat, der seine Verfahren klären konnte und je mehr und je schneller wir die Verfahren klären, desto schneller können sie arbeiten und in die Ausbildung gehen. 5.000 Ausbildungsplätze in Thüringen sind unbesetzt. Wir haben Ausbildungskapazitäten, die sind gebaut worden zu Zeiten, wo es keine Ausbildungsplätze gab. Ich nenne einmal das Beispiel Roa bei Meiningen. Da haben wir Kapazitäten frei. Die Berufsschulplanung, Birgit Klaubert hat es gerade abgeschlossen, da haben wir ein Drittel freier Kapazitäten. Und jetzt ist die Berufsschulplanung zurückgegangen an die Zuständigen in den Kreisen und kreisfreien Städten mit dem Hinweis, seht wo freie Kapazitäten sind, damit wir sie mit den Bildungsträgern jetzt nutzen, damit diese jungen Leute einbezogen werden. Wir haben die Voraussetzungen und wir müssen die Voraussetzungen umsetzen in Integration. Das muss unsere Aufgabe sein. Deswegen ist das Geld gut angelegtes Geld in unsere eigene Zukunft.

Und dann gibt es noch einen Punkt, der mich seit einigen Wochen umtreibt, ich kann jetzt noch einmal die Bemerkung machen, als wir ins Amt kamen, haben uns eine ganze Reihe von Wegbegleitern, von Leuten, die kritisch auf uns gucken, von Leuten, die der Meinung waren, naja das ist jetzt ein Betriebsunfall der Geschichte und jetzt wird das Chaos in Thüringen ausbrechen, und all so etwas, also es sind ja Wetten abgeschlossen worden, und ich glaube, es gab einen sehr hohen Wettbetrag darauf, dass wir in den ersten 100 Tagen scheitern. Und wir haben den Nachweis gebracht nach 100 Tagen, dass wir anfangen, Routine zu entwickeln. Und das war alles, noch bevor die große Anzahl von Flüchtlingen dazu kam, die uns wieder vor völlig neue Fragen gestellt hat. Der erste Zug sollte nach Gera gehen. Wir haben in Gera vorbereitet, dann hieß es auf einmal eine Stunde später, ne geht nicht nach Gera, der geht nach Saalfeld. Wir haben mit Helferstrukturen, also einem unglaublichen Aufriss, was da an Helfern unterwegs ist, Rotes Kreuz, Ehrenamtliche,

Hauptamtliche, Technisches Hilfswerk, die Samariter, die Malteser, der gesamte Bereich aller ehrenamtlichen Helferstrukturen sind am Anschlag, sind unterwegs, sind am Machen und dann haben wir zwischendrin Zeiten gehabt, dann kamen aus München Züge und manchmal kamen keine. Und wir haben dann versucht, irgendwie zu klären, was ist denn jetzt los und haben ein ganzes Wochenende irgendwie mehrere Züge, die angekündigt waren und kein einziger ist gekommen. Und die Helfer mussten Gewähr bei Fuß stehen und irgendwann haben wir gesagt, die Helfer gehen lieber heim. Das ist doch alles sozusagen Krisenmanagement.

Und aus dem Krisenmanagement müssen wir in Routine kommen. Deswegen haben wir drei Sachen beschlossen im Kabinett.

Wir haben beschlossen: 1. Erstaufnahme, Notaufnahme, Krisenmodus; 2. vielmehr Kraft für Integration; Das Beispiel der Berufsschulen habe ich genannt.

1.300 Deutschkurse kombiniert mit berufsbildenden Maßnahmen hat die Heike Werner vorbereitet und Ines Feierabend, also auch dort haben wir den nächsten Teil jetzt angefasst. Und so entwickelt sich das Stück für Stück.

Und ja, liebe Genossinnen und Genossen, es gibt einen Punkt, bei dem müssen wir auch als Partei und als Landesregierung zur Kenntnis nehmen, was heißt Rechtsstaat. Rechtsstaat heißt auch bei einem abgelehnten Asylantrag, wenn es keine Duldung mehr gibt, wenn alle Maßnahmen der Härtefallkommission ausgeschöpft sind, wenn die Frage von Kirchenasyl, und dafür danke ich den Kirchen ausdrücklich, dass es überhaupt die Möglichkeit es Kirchenasyls gibt, wenn alle diese Maßnahmen ausgeschöpft sind, müssen wir auch Menschen sagen, sie haben keine Bleibeperspektive. Ich sage das nicht leichten Herzens und ich sage das nicht erfreut. Mir wäre es nur lieber, wenn wir das den Menschen, wenn sie aus Albanien, Kosovo oder Montenegro kämen, schon am ersten Tag sagen würden und ihnen sagen würden, wir würden uns freuen, wenn wir euch in den Arbeitsmarkt integrieren könnten. Es wäre besser, wenn ihr die Chance hättet, als Arbeitskräfte hier arbeiten zu können. Die Möglichkeiten sind da. Der Weg über das Asyl ist aber ein falscher Weg. Und der Weg über das Asyl findet irgendwann nach Monaten einen negativen Abschluss und du kannst nicht mehr den Antrag wechseln. D. h. wir führen auch Menschen auf falsche Wege. Deswegen habe ich ausdrücklich gesagt, Romas werden einem ethnischen Vertreibungsdruck untersetzt. Das bewerte ich durchaus anders. Wer aber ein junger Mensch ist und sagt, ich lebe in einem Land, das ganz schlecht organisiert ist, in dem die Korruption tagtäglich neue Blüenträume schlägt, dem müssen wir sagen, wenn du hier arbeiten willst, stell bitte einen Antrag auf Arbeitserlaubnis. Dann müssen wir auch darüber ehrlich und klar sein. Was aber nicht geht, ist monatelang diese Menschen im Unklaren zu lassen. Deswegen sind die gesamten Verfahren eine Katastrophe. 5,3 Monate dauert derzeit ein Verfahren. Da werden aber die 3 Monate Wartefrist gar nicht mitgezählt. Deswegen sind wir jetzt gerade dabei und versuchen, mit Mühlhausen, mit Suhl und mit Hermsdorf die Verfahren zu beschleunigen. Das Stichwort heißt Heidelberger Modell.

Und da, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir uns verständigen, steht am Ende Abschiebung, und zwar auch da die Frage, nach welchen Kriterien und mit welcher Art. Abschiebung aus einer Klasse, ein Kind aus einer Schulklasse abzuschicken, halte ich für eine Katastrophe. Eine Familie mitten in der Nacht abzuholen, halte ich für eine Katastrophe. Trotzdem ist die Frage, ob es nicht besser ist, mit denen, die keine Bleibeperspektive haben, einen Weg der freiwilligen Rückkehr zu vereinbaren und dafür Geld in die Hand zu nehmen und das auch auszusprechen. Denn seitdem wir das im August/September machen, sind die Zahlen der freiwilligen Ausreise sprunghaft deutlich gestiegen. Die politischen Mitbewerber beschimpfen uns dafür. Ich merke aber auch, dass bei uns in der Partei viel Unsicherheit darüber besteht. Deswegen will ich auch das Thema Winterabschiebestopp ansprechen. Der Winterabschiebestopp, den haben wir am 6. Dezember übernommen, weil Schleswig-Holstein ihn hatte, wir haben ihn einfach schlicht abgeschrieben, weil wir das für eine gute Idee hielten. Da stand einfach nur pauschal drin, welche Länder alle als unsicher gelten – witterungsbedingt. Und jetzt müssen wir aufpassen, dass wir nicht Sachen hineingeheimnissen, die da nie standen. Witterungsbedingte Abschiebungen in der Kälteperiode sollen unterbleiben.

Diese Pauschalität haben wir nicht mehr aufgenommen. Die Entscheidung heißt, es gibt keine Abschiebung in den Tod. Und das meine ich sehr prinzipiell, und zwar das ganze Jahr über, nicht nur weil schlechtes Wetter ist, sondern weil Afghanistan kein sicheres Herkunftsland ist, wie es uns gerade eingeredet wird. Und deswegen erarbeiten wir jetzt eine Verordnung, die heißt, es wird jeder Einzelfall geprüft. Und da gibt es ein sprachliches Missverständnis. Es wird immer übersetzt, dass ich damit den einzelnen Menschen gemeint hätte. Das meine ich ausdrücklich nicht. Ich meine, den einzelnen Staat, das einzelne Land, in das abgeschoben werden soll. Und deswegen, Genossinnen und Genossen, mit dem Winterabschiebestopp haben wir es geschafft, 120 Menschen drei Monaten Schutz zu gewähren. Nach den drei Monaten wurden sie auch aufgefordert, das Land zu verlassen. Also wer uns bejubelt hat vor einem Jahr und jetzt kritisiert, sollte einmal zur Kenntnis nehmen, dass dazwischen ein bisschen auch reale Welt stattfindet und deswegen wollte ich es ausdrücklich ansprechen, damit ich nicht dauernd kritisiert werde für etwas, was ich als regierungsamtliche Handlung völlig mit einer völlig anderen Perspektive versehen habe.

Die Perspektive heißt, wir wollen jeden Menschen schützen, der in einen Ort abgeschoben werden soll, wo er direkt in den Tod führt. Das darf aus Thüringen nicht stattfinden. Und ich gehe davon aus, wenn wir damit Witterung meinen, wenn wir damit Wetterverhältnisse meinen, wenn wir damit Katastrophen meinen und wenn wir damit Krieg und Bürgerkrieg meinen, dann müssen wir das ernst nehmen und dann sind das nicht 120 Menschen, da müssen wir aber den Menschen nicht nur drei Monate Schutz geben, sondern wir müssen ihnen dann Lebensperspektive in Thüringen geben. Deswegen ist das durchaus komplizierter als mal nur eine kurze Verordnung zu machen und die dann aber bejubelt wird für eine Verordnung, die am Ende gar keinen wirklichen Schutz ausmacht. Und ich werbe für ein viel umfassenderes Schutzangebot für Menschen, die wir in einer Situation nicht allein lassen wollen.

Das alles, Genossinnen und Genossen, gehört zu diesem Thema: „Wie gehen wir mit Flüchtlingen um?“

Auf meinem Redemanuskript steht jetzt „Thüringen verändern“. Das hätte ich vor einer halben Stunde schon sagen sollen.

Von hier vorne werde ich schon gedrängt, dass ich meine Zeit einhalten soll.

Bevor ich hier oben meine Rede beende, noch eine Bemerkung, ihr habt es gemerkt, ich bemühe mich, zurzeit nicht Eisenbahn zu fahren, da ruft es dann immer zurücktreten...

Genossinnen und Genossen,

vor einem Jahr haben wir angefangen, ein neues Kapitel bundesdeutscher Politik zu öffnen. Drei Parteien auf gleicher Augenhöhe. Es ist keine Koalitionsregierung im klassischen Sinne einer großen und ein paar nachgeordneten Kleinen und die nachgeordneten Kleinen dürfen ab und zu auch einmal meckern. Das haben wir ausdrücklich nicht gewollt. Das ist nicht das Konzept. Das Konzept heißt drei Parteien und wir müssen als drei Parteien permanent uns auch in einem Aushandlungsprozess bewegen, wo wir durchaus unterschiedlicher Meinung sind. Und das ist nicht nur so, dass das die SPD oder nur Bündnis 90/Die Grünen wären, manchmal sind wir auch die bockigen. Also insoweit haben wir allen Grund, gemeinsam auszuloten, was der jeweilige Schritt ist.

Aber DIE LINKE ist vor einem Jahr im Wahlkampf dafür von den Bürgern beauftragt worden, Thüringen zu verändern. Wir waren uns einig, dass Thüringen nicht so bleiben darf wie es ist. Wir waren uns einig, dass ein Land, in dem 450.000 Menschen abgewandert sind, man Lebensperspektiven nur dann organisieren und aufsetzen kann, wenn wir uns selber mitverändern. Wir nannten es nur „fair“ändern. Da steckte fair drin. Und wenn wir verändern wollen, dann müssen wir am Ende irgendwann über Schulnetzplanung reden. Dann müssen wir über kommunale und Verwaltungs- und Gebietsreform reden. Und ich nehme im Moment so interessiert wahr, dass immer dann, wenn man anfängt, ein Thema jetzt auf die Agenda zu setzen, wir fangen ja jetzt gerade an, die einzelnen Prozesse mal auf die Agenda zu setzen, dass mir aus der eigenen Partei aus jeder Ecke entgegenschallt, so haben wir das nie gewollt und bei uns doch bitte nicht. Veränderung gerne, alle, nur nicht bei uns.

Ich glaube, dass wir darüber reden müssen. Und deswegen sage ich einmal am Beispiel der Theater- und Kulturlandschaft, zu glauben, dass bei einem Etat, bei dem sogar Benni Hoff dafür kämpft, dass der Etat größer wird, dann geantwortet wird, er kämpft für die Zerstörung der Theater- und Kulturlandschaft, das ist absurd. Und darf ich einmal sagen, ist mathematisch immer noch mehr und da kann das ja nicht Kürzung sein. Und ich finde es dann schräg, wenn aus der eigenen Partei, aus der eigenen Region dann auf einmal gesagt wird, also bitte ändert doch woanders. Und ich verstehe da Katja Wolf, das Theater in Eisenach heißt Landestheater. Es hat nur mit dem Land noch nie irgendetwas zu tun gehabt. Und das Orchester dort ist ein Schrumpforchester. Und es ist tarifpolitisch immer noch ein A-Orchester, aber ein A-Stück können die gar nicht aufführen. Die Frage, ob das so weitergeht oder nicht so weitergeht, das Orchester hat da eine Sicht, das finde ich total richtig, die Stadt hat eine Sicht, aber wenn ich als Land sage, warum muss ich denn immer das Geld dazu geben, warum muss vom Land immer noch mehr Geld dazu gegeben werden, wenn die kommunale Familie nicht einmal mehr in der Lage ist, ihre eigenen Aufgaben zu erfüllen.

Dann heißt es aber, der kommunale Spitzenverband sagt, diese neue Landesregierung zieht gerade den Kommunen 100 Millionen Euro aus den Taschen. Das sagt der kommunale Spitzenverband. Das sagt der, nachdem Herr Voß 1,6 Mrd. Euro nur noch für die kommunalen Familien geben wollte. Wir geben 1,9 Mrd. Euro. 1,9 Mrd. Euro ist für mich immer noch 300 Mio. Euro mehr, aber öffentlich in den Zeitungen steht, dass wir 100 Mio. gestrichen haben.

Jetzt kommt die Botschaft, und über die müssen wir reden, mehr Polizei, mehr Lehrer, mehr Kultur, mehr Theater und eine Zeitung aus Weimar schreibt immer, na wenn man bei den Theatern einmal 20 Mio. im Jahr darauflegen würde, dann würde es ja funktionieren. Und in der Zwischenzeit kommt der Länderfinanzausgleich, der für 2019 neu verhandelt werden muss, und der Westen sagt, jetzt ist gut, ihr habt lange genug etwas gekriegt. Der Soli wird gestrichen 2019, von den Geldern des Solis, das sind im Moment noch 16 Mrd. gibt der Bund ab 2020, im Moment sind es 16 Mrd. in Soli, der Bund gibt ab 2020 für alle Bundesländer, für 16 Bundesländer, 8 Mrd. dazu, also 16 werden gestrichen, 8 Mrd. für 16 Länder, dann könnt Ihr Euch ungefähr ausrechnen, wie viel für Thüringen übrig bleibt.

Das ist nicht mehr. Das ist weniger, mathematisch einfach weniger.

Und dasselbe haben wir gerade bei den Regionalisierungsmitteln. Das ist das Geld für die Eisenbahn. Da sollen wir gerade 590 Mio. in den nächsten 15 Jahren gestrichen kriegen. Und der Verkehrsminister von Nordrhein-Westfalen hat mir ins Gesicht gesagt, wir haben Euch 25 Jahre durchgefüttert, jetzt reicht's.

Der 3. Oktober ist rum, 25. Geburtstag ist rum, und dann sagt Herr Hasselhoff, der nun wirklich unserer Partei nicht nahe steht, in Sachsen-Anhalt, jetzt will man die DDR wieder Kraft Beschluss errichten, indem man die Solidarität in Deutschland kündigt. Und darum geht es im Moment in der Auseinandersetzung.

Und da gibt es keine Differenzen zwischen mir und Herrn Tillich und Herrn Hasselhoff, weil wir lassen es nicht zu, dass der Osten abgehängt wird!

Wenn wir also über Veränderung reden, dann müssen wir uns auch darauf einrichten, dass uns der Westen vorhält, dass hat Herr Albich aus Schleswig-Holstein auch getan, in Mecklenburg-Vorpommern sind alle Marktplätze gepflastert und alle Wasserhähne golden und bei uns in Schleswig-Holstein, wir sind Haushaltsnotlageland. Ihr erlaubt Euch im Osten die bessere Kinderbetreuung, Ihr erlaubt Euch im Osten die bessere Schulbetreuung – jetzt ist Schluss mit Solidarität.

Jetzt ist meine Aufgabe, darin zu sorgen, dass wir diese Realität wahrnehmen und nicht so tun, als wenn Benjamin Hoff Weimar schließen will, sondern dass wir einen Veränderungsprozess organisieren wollen, der die Theaterlandschaft und die Orchesterlandschaft und die Opernlandschaft zukunftsfest machen will. Und das geht nur mit mehr Geld und nicht mit weniger Geld.

Aber es geht nicht, indem alles so bleibt wie es ist, weil, wenn es so bleibt, wie es ist, dann bleibt das Schrumpforchester in Eisenach und dann werden wir sehen, dass es für keinen mehr richtig reicht.

Deswegen sage ich, Genossinnen und Genossen, wir müssen das Große im Blick behalten und wir dürfen das Kleine nicht uns kaputt reden, indem wir sagen, na das Land kann jetzt mehr Geld immer noch dazu geben. Ich kann nur sagen, wo wir keins mehr haben, Geld, können wir auch die Widersprüche in der Region nicht auflösen, indem wir mehr Geld reingeben.

Und deswegen müssen wir über Schulnetzplanung reden, wir müssen über innere Sicherheit reden, wir müssen über Polizei reden, wir müssen über Lehrer, wir müssen über die Hortnerinnen und Hortner reden. Wir wissen, dass die 50 %ige Kappung bei den Hortnern eine Katastrophe ist. Wir wissen aber auch, dass der Veränderungsprozess viel Geld kostet – hin oder her.

Und deswegen bleibt es am Ende, und da ist es eben nicht egal, ob jemand von links regiert, wir müssen über Steuergerechtigkeit reden. Wir müssen über Einkommenssteuer reden, über Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer, wir müssen über Steuerverteilung reden. Und ich bleibe hartnäckig dabei, ich träume von einer großen Steuerreform, bei der die Kommunen ihr Geld direkt aus dem Steuersäckel zugewiesen bekommen und nicht erst über uns als Land alimentiert werden und wir immer an allem schuld sind.

Aber was ich nicht mitmache, und da bleibe ich mir treu, ich bin da ein sturer Kerl, ich habe die 100 Tage ausgehalten, ich habe jetzt die 365 Tage bald voll, aber ich werde in Zukunft genauso ein Querkopf sein wie bisher. Was nicht geht, ist, individuell beim Land immer die Gelder einzufordern und sagen, gib uns doch einmal ein bisschen Geld, um uns dann öffentlich zu beschimpfen.

Gestattet mir, dass ich dann ein bisschen Solidarität auch für die linke Familie erbitte, dass wenn manche Vertreter der Landkreise sagen, das Boot ist voll, wenn ein Landrat sagt, bei ihm können keine Flüchtlinge mehr aufgenommen werden, würde ich mir wünschen, dass andere Landräte mit anderen Parteibüchern sagen, das ist gegen unsere Solidarität.

Und wenn es dann heißt, die Stadt soll doch gestärkt werden, wenn da nicht darüber geredet werden darf, dass in Eisenach Krauthausen eingemeindet werden sollte, wenn das tabu ist, wenn Arnstadt und die Relation zu den Nachbargemeinden in Arnstadt nicht thematisiert werden darf, wenn es heißt, die Krakengemeinden, die die letzte Regierung als Sturzgeburt gemacht hat, sind alle sakrosant, sind alle heilig, wenn wir darüber auch nicht reden, wenn wir den Veränderungsprozess nicht machen, wenn ich dann Briefe aus der eigenen linken Familie kriege, wegen der Flüchtlingskrise sollten wir doch bitte nicht über die Veränderungsprozesse reden, ja wenn wir nicht über Veränderung reden, dann verändern wir uns nicht.

Und deswegen sind für mich die Flüchtlinge eine Herausforderung auf Zuwachs, eine Herausforderung auf Humanität, eine Herausforderung auf Menschlichkeit, aber auch eine Aufgabe, die zu lösen ist. Bei 22.000 leeren Wohnungen müsste es doch gelingen, die Flüchtlinge unterzubringen und bei 5.000 unbesetzten Lehrstellen müsste es doch möglich sein, in Bildung und Zukunft zu investieren und ja, Genossinnen und Genossen, 2035 hat Thüringen nur noch 1,8 Mio. Einwohner und nur noch 900.000 erwerbsfähige Beschäftigte, wenn wir nicht gegensteuern.

Wir brauchen Zuwanderung. Und wenn dann diese dunklen Gestalten von Höcke und Co. öffentlich deutlich machen, das sei hier Dunkeldeutschland, dann freue ich mich, dass der Katholische Bischof dafür gesorgt hat, dass der Dom dunkel blieb und nicht die Öffentlichkeit im Dunkeln tappt.

Aber ich freue mich auch, dass Sandro Witt es geschafft hat, für den 9. November das Bündnis Mitmenschlichkeit und Humanität mit allen Vertretern der Evangelischen Kirche, der Katholischen Kirche, der Muslimischen Gemeinde, der Jüdischen Gemeinde, den Arbeitgebern, den Gewerkschaften, dem konservativen Landtagspräsidenten und dem linken Ministerpräsidenten gemeinsam auf den Domplatz gebracht hat und die Nerly Big Band uns den ganzen Abend rhythmisch auf Schwung gebracht hat. Der Dom im schönsten Glanz war und wir deutlich gemacht haben, Thüringen ist weltoffen. Thüringen bleibt weltoffen. Thüringen hat keinen Platz für Hass und Intoleranz.

Vielen Dank.